

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M.
daraus schließt. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Weimarer Gebiet sowie Ostpreußen
und Danzig 2100 M., für das übrige
Ausland 2500 M. Postgebühren
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Estland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Litauen,
Polen, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wolk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Reinwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Normalzeile
kostet 300 M. Restzeile 1500 M.
„Kleine Anzeigen“ des letztgedruckte
Wort 120 M. (zulässig zwei (Mit-
gebrachte Worte), jedes weitere Wort
60 M. Stellengebühr des ersten Wort
60 M., jedes weitere Wort 60 M.
Worte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 60 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße, abgegeben werden. Kostpunkt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Sonntag, den 30. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkassenkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Depotkassenk. Lindenstraße 3

Die deutschen Vorschläge für Paris.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen sind abgeschlossen; sie hatten, wie mitgeteilt wird, den Zweck, ein Bild der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu geben, um zu zeigen, wie Deutschlands Leistungsfähigkeit für die Reparation nutzbar gemacht werden könne. Die Sachverständigen sind als wirtschaftliche Faktoren gehört worden, nicht als Politiker, denn die Verantwortung trägt die Reichsregierung, und sie hat daher den Vorschlag selbstständig auszuarbeiten. Nach Angabe der Regierung sind die Sachverständigen möglichst aus allen wirtschaftlichen Kreisen des deutschen Volkes gewählt worden; wenn die eine oder andere wirtschaftliche Gruppe sich darüber beschwert, daß sie nicht hinzugezogen wurde, so ist der Grund dafür einmal, daß es sich bei den Beratungen in erster Linie um Finanzprobleme handelte, und dann, daß die Regierung infolge ihrer außerordentlichen Inanspruchnahme physisch nicht in der Lage gewesen sei, die Vorschläge noch weiter auszudehnen. Der jetzt fertiggestellte Vorschlag, der als „ein fester und klarer Plan“ bezeichnet wird, soll der Entente zur Kenntnis gebracht werden; auf welchem Wege, ist eine taktische Frage, deren Beantwortung von der täglich, ja stündlich wechselnden politischen Lage abhängt.

Der Vorschlag wird zunächst nicht veröffentlicht, aber möglicherweise wird der Reichsanzler in seiner morgigen hamburger Rede etwas darüber mitteilen. Da die deutschen Blätter erst am Dienstag wieder erscheinen können, die Pariser Presse aber am Montag schon herauskommt, ist es durchaus möglich, daß die Kanzlerrede in Paris um einen Tag früher als in Deutschland bekannt wird. Aber die Regierung erblickt darin keinen Nachteil, da die Pariser Entente-Konferenz am Dienstag beginnt und sie auf diese Weise die Ausführungen des Reichsanzlers schon kennen wird.

Die Parteiführer sind heute vormittag vom Reichsanzler unterrichtet worden.

Die nach Pressemeldungen von Bonar Law vorzuschlagende Reparationssumme von fünfzig Milliarden Goldmark wird von amtlichen und nichtamtlichen deutschen Kreisen als die deutsche Leistungsfähigkeit überschreitend angesehen.

Reparationsplan des englischen Kabinetts.

London, 30. Dezember. (W.F.B.) „Daily Telegraph“ zufolge billigte das britische Kabinett gestern im Verlaufe einer sehr kurzen Sitzung die Hauptgrundzüge der Politik, die Bonar Law und die britische Delegation auf der Pariser Konferenz unterbreiten werden. Die mehr technische Frage dieser Politik scheint nicht erörtert worden zu sein. Man sei der Ansicht, daß auf jeden Fall selbst von der anspruchsvollsten Partei die britischen Vorschläge nicht summarisch als eine ungeeignete Grundlage beiseite geschoben werden könnten. Was jedoch von den britischen Delegierten von Anfang an klar gemacht werden würde, sei, daß die nicht unbedeutenden Zugeständnisse an die Alliierten Englands in der Frage der Kriegsschulden notwendigerweise und unbedingt abhängen würden von der Zustimmung zu einer Regelung, die von England nicht nur als fair, sondern auch als praktisch und geschäftsmäßig angesehen werde.

Der Gesamtbetrag der Entschädigungen müsse ermäßigt werden auf eine Summe von beispielsweise 40-50 Milliarden Goldmark, je nachdem, ob die bereits gemachten Zahlungen und Sachleistungen abgezogen werden sollten oder nicht. Auf dieser Grundlage könnte Großbritannien möglicherweise einem teilweisen Erlaß der ihm von seinen Alliierten geschuldeten Summen zustimmen.

Großbritannien werde aller Wahrscheinlichkeit nach außerdem ein Moratorium für Deutschland fordern von 2 bis 4 Jahren Dauer und vielleicht mit dem Grundsatze einer darauf folgenden aufsteigenden Zahlungsstufen und einer gleichen Scala für Sachleistungen, sei es während oder nach dem Moratorium.

Die Bedingungen für ein solches Moratorium würden sicher umfaßend wirksam sein.

Mahnahmen internationaler oder internationaler Ueberwachung der Finanzen des Reiches und die baldige Stabilisierung der Mark durch die Ausgleichung des deutschen Budgets, eine sorgfältig abgeplante Deflation, die durch die Autonomie der Reichsbank gesichert sei, und eine angemessene Anstrengung Deutschlands, selbst eine internationale Anleihe aufzulegen. Die Alliierten könnten eine direktere Art von Pfandrechte erhalten, als sie gegenwärtig besitzen, auf die Einkünfte aus der 2prozentigen Ausfuhrsteuer und die deutschen Zölle.

Was die Frage der Barzahlungen und Sachlieferungen betreffe, so werde die britische Delegation, wie angenommen werden könne, darauf bestehen, daß in Zukunft keine Sonderabkommen zwischen Deutschland und Einzelpersonen der Alliierten abgeschlossen werden dürfen, sondern daß alle deutschen Verpflichtungen gemeinsam bestimmt und ihre Durchführung gemeinsam kontrolliert werden solle. Großbritannien sei vernünftigen, d. h. wirtschaftlichen Garantien wie der oben genannten mit Bezug auf die Stabilisierung der

Mark und die deutsche Finanzreform nicht abgeneigt. Auch sei es Strafmaßnahmen nicht abgeneigt, d. h. wirtschaftlichen. Die Vertreter Großbritanniens seien nicht abgeneigt, im voraus die Strafmaßnahmen zu bezeichnen, die im Falle eines zutünftigen und vorsätzlichen Verzuges seitens Deutschlands erzwungen werden würden. Die britischen Delegierten würden jedoch ein Durcheinanderwerfen von Strafmaßnahmen und produktiven Pfändern nicht unterstützen. Die letzteren sähen sie als ein Hindernis für die Produktivität an.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Newhaven, 30. Dezember. (W.F.B.) In einer Rede vor einer Versammlung der amerikanischen historischen Gesellschaft regte Staatssekretär Hughes an, eine Regelung des Reparationsproblems solle auf die Weise vorgenommen werden, daß es der politischen Behandlung entzogen und einem

Sonderausschuß von Sachverständigen

verschiedener Nationalitäten überwiesen werde, deren Ergebnisse von den verschiedenen Nationen nach ihrem eigenen Ermessen verwandt werden könnten. Das tiefgehende Interesse Amerikas an einer Regelung der europäischen Wirtschaftsfrage sei hervorgegangen aus den schädlichen Folgen der gegenwärtigen Verhältnisse für das amerikanische Geschäftsleben und aus Erwägungen der Menschlichkeit. Hughes betonte, daß die Grundlage einer endgültigen Ordnung die Reparationsfrage sei. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands werde durch die Verschuldung der Alliierten bei Amerika nicht in Mitleidenschaft gezogen; diese Verschuldung vermindere nicht Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Amerika hege nicht den leisesten Wunsch, daß Frankreich irgendeinen Teil seiner gerechten Ansprüche verliere, aber es wünsche Deutschland nicht vernichtet zu sehen.

Keine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas sei möglich, sofern sich nicht Deutschland wieder erhole, und es werde keinen dauernden Frieden geben, wenn nicht die wirtschaftliche Genugtuung gesichert sei.

Amerika sehe mit Misfallen Maßnahmen an, die, anstatt Reparationen eine Katastrophe zu ergeben drohen.

Hughes fragte, was geschehen sollte, falls die bevorstehende Konferenz der Premierminister in Paris zu keiner Lösung gelangen sollte. Die Aussicht der Zwangsmahnahmen, um Reparationen zu erlangen, sei nicht verlockend. Der Staatssekretär skizzierte dann einen Vorschlag, wonach die höchste finanzielle Autorität in jedem der betreffenden Länder aufgefordert werden solle, einem Finanzplan zuzustimmen, welcher von der ganzen Welt als die maßgebendste erlangbare Meinungsäußerung angenommen werden sollte. Zweifelloso würde eine hervorragende amerikanische Persönlichkeit gewillt sein, sich einem solchen Auftrage zu unterziehen.

Amerikanische Sachverständige für Europa.

London, 30. Dezember. (W.F.B.) Bittermeldungen aus Washington zufolge ist nach der gestrigen Sitzung des amerikanischen Kabinetts mitgeteilt worden, daß die amerikanische Regierung bereit sei, eine Kommission wirtschaftlicher und finanzieller Sachverständiger nach Europa zu senden, um bei der Wiederherstellung notleidender Länder mitzuhelfen. Es sei aber zum Ausdruck gebracht worden, daß die Vereinigten Staaten eine Aufforderung dazu erhalten müßten, bevor eine solche Aktion unternommen werden könne. Eine europäische Hauptstadt würde für die Zusammenkunft gewählt werden.

Zurückziehung der Resolution Vorah.

London, 30. Dezember. (W.F.B.) Reuter meldet aus Washington: Senator Vorah hat die Zurückziehung seines Abänderungsantrags angekündigt, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß der Antrag für die im Gange befindlichen Verhandlungen mit Europa schädlich sein würde.

Minderheiten und Mossul.

Eine kleine Entspannung ist infolgedessen eingetreten, als in der Frage des Schutzes der Minderheiten sowohl die Alliierten wie auch die Türken sich gegenseitig Konzessionen machten: Die Entente gibt ihre Forderung der Einsetzung eines ständigen Oberkommissars des Völkerbundes in Konstantinopel, an den die Minderheiten jederzeit sich wenden könnten, auf, während die Türken, die zunächst völlige Gegenseitigkeit für die mohammedanischen Minderheiten in allen Balkanländern gefordert hatten, sich jetzt mit einer solchen Gegenseitigkeit nur in Griechenland begnügen.

Die Entspannung in der Frage der Minderheiten ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß Türken wie Engländer nunmehr ihre gesamte Kraft der Austreibung des Streites um das Petrolgebiet von Mossul zuwenden wollen. Hier ist ein Ausgleich augenblicklich kaum zu erwarten. Die Engländer haben die erste türkische Denkschrift in der die Rückgabe des Gebietes gefordert wurde, glatt abgelehnt. Daraus haben die Türken eine neue Denkschrift ausgearbeitet, in der sie Punkt für Punkt die Ablehnungsgründe Englands beantworteten und dabei u. a. die Gültigkeit einer Volksabstimmung bestritten, die England unter eigener militärischer Besatzung im Jahre 1920 dort veranstaltet hatte. Die Türken verlangen sofortige Räumung des Mossulgebietes und erneute Volksabstimmung.

Die Ausfuhrabgabe.

Von Robert Schmidt

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat, wie berichtet wird, einstimmig beschlossen, der Regierung zu empfehlen, die im August dieses Jahres verfügte Erhöhung der Ausfuhrabgabe nunmehr aufzuheben. Auch der Beirat für die Ausfuhrabgabe, der im Reichswirtschaftsrat gebildet ist, soll denselben einstimmigen Beschluß gefaßt haben. Der Erfolg der seit Monaten betriebenen Bemühungen von Industrie und Großhandel ist überraschend, wenigstens insofern, als es ihnen auch gelang, die Arbeitervertreter ihren Wünschen zugänglich zu machen.

Sehen wir uns diese Forderung der deutschen Unternehmer etwas näher an. Der Dollar stand im August auf 1100; er war von 350 im Juni auf diese Höhe getrieben. Diese schnelle Aufwärtsbewegung mußte für den Export riesige Gewinne einbringen, die in der Folgezeit bei einer Kurssteigerung bis zu 9000 in ungeahnter Höhe anwuchsen. Besonders kurzfristige Lieferungen, bei denen inländische Rohstoffe in der Fabrikation Verwendung fanden, mußten große Balutagewinne einbringen, da weder Löhne noch Inlandspreise mit dem Dollar in diesem Tempo mitgingen.

Nun wird behauptet, daß wir aber nunmehr mit unseren Preisen an den Weltmarkt sind und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie ins Hintertreffen kommt. Obwohl unsere Preise eine sehr unangenehm fühlbare Bewegung nach oben eingeschlagen haben, ist immer noch die Spame zwischen Inlands- und Auslandspreis sehr reichlich.

Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes betrug Anfang November der Index des Großhandels für Inlandswaren 842,23, für Waren aus dem Ausland 1766,18. Ende November erhöhte sich der Index für Inlandswaren auf 1033,3 und für Auslandswaren auf 2208,9. Es besteht also noch eine sehr erhebliche Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis, die natürlich für die einzelnen Warengruppen unterschiedlich ist, aber von einer allgemeinen Angleichung an die Weltmarktpreise immer noch weit entfernt ist. Diese Differenz ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die deutsche Industrie erheblich billiger produziert als das Ausland. An einigen Beispielen wird es uns klar.

Die deutsche Steinkohle kostet gegenwärtig noch nicht die Hälfte dessen, was wir für englische Kohle zahlen müssen. Die Eisenbahnfrachten stehen weit unter dem Weltmarktniveau, die Arbeiterlöhne erreichen noch nicht die Hälfte der Kaufkraft der Löhne, die die englische Industrie bezahlt. Es mag sein, daß in einigen Fällen die Löhne gegenüber 1913 um das 600fache gestiegen sind; sie müßten um das 2208fache hinaufgehen, wenn sie den Weltmarktausgleich erlangen sollten.

Gewiß, es gibt Preise, die an die Weltmarkthöhe herankommen sind, so z. B. die Eisenpreise. Aber haben sich die Arbeitervertreter schützend hinter diejenigen Unternehmer zu stellen, die die Konjunktur strupellos ausnützen? Weshalb sind die Eisenpreise so hoch? Da der Innenmarkt nicht genügend aus der heimischen Produktion versorgt werden kann, sind die Herren der Schwerindustrie in der Lage, jeden Preis ihren Abnehmern zu diktieren. Als der Dollar auf 7000 stand, entsprach der Stabeisenpreis einem Dollarstand von 10 000. Und diesen Herren wollen die Arbeiter die Ausfuhrabgabe ermäßigen? O, es ist uns bekannt, die Herren erklären, sie müssen vom Ausland die teuren Erze beziehen. Als über das Sachlieferungsabkommen mit Frankreich verhandelt wurde, ist vom Gesamtpreis für Roheisen und Rohstahl der Anteil an ausländischem Rohmaterial auf 55 Proz. geschätzt. Muß nun wegen dieses Anteils am Gesamtprodukt der deutsche Preis den Auslandspreis erreichen? Wir fragen, wo bleiben die Differenzen im Lohn, in Fracht, in Kohle, ganz abgesehen von anderen geringeren Geschäftskosten im Vergleich zum Ausland? Wenn heute Stabeisen über dem Weltmarktpreis steht, so muß der Nutzen, der aus den geringeren Aufwendungen der deutschen Produktion zugute kommt, restlos in die Taschen der Unternehmer fließen.

Und nun sollten wir erklären: Es ist richtig, ihr könnt nicht exportieren, wir müssen euch die Ausfuhrabgabe ermäßigen? Ihr Vermissten, ihr werdet in der Steuer zu hart herangekommen?

Aber unser Export liegt danieder, von Monat zu Monat ist er zurückgegangen. Trifft das für Industrieerzeugnisse zu? Im Jahre 1922 betrug der Export von Fertigwaren der Menge nach in den einzelnen Monaten:

Januar	897 610 Tonnen	Juni	494 977 Tonnen
Februar	478 960	Juli	470 823
März	484 480	August	468 357
April	461 125	September	468 374
Mai	486 160	Oktober	514 024

Danach ist der Export ziemlich gleich geblieben, hat eher eine Zunahme erfahren. Rückgängig ist unser Export auf dem Gebiet der Rohstoffe und Halbfabrikate. Wir ge-

Gefährliche Schatzgräbererei.

Die Morgen- und Abendzüge der Jossener Vorortbahn sind zurzeit angefüllt mit Scharen von Männern und Frauen, die mit Spaten, Hacken, Hämmern und Säden ausziehen, um moderne Schatzgräber zu treiben. Von Jossen fahren sie mit der ehemaligen Militärbahn weiter zum großen Schießplatz bei Kammersdorf, wo die Schätze zu heben sind. In das Metall, das einst aus den Geschützen dort gefeuert wurde und in den Boden sich vergrub, wird herausgeholt. Der Flatz ist an einen einzigen verpachtet, der kostenfreie Erlaubnisbescheinigung zum „Buddeln“ ausstellt — ohne Erlaubnis für etwa vorkommende Unglücksfälle. Und an denen fehlt es begreiflich nicht. Wer mit dem Hammer drauflos schlägt, um das wertvolle Messing oder Kupfer zu ernten, kommt leicht in die Gefahr, daß das so bearbeitete Geschloß explodiert und den Täter und womöglich auch andere in der Nähe „Arbeitslos“ verlegt, ja sogar tötet. Jeden Tag hört man von einigen Unfällen; ein Verbandsplatz ist an Ort und Stelle eingerichtet. Das gefundene Metall muß abgeliefert werden — das kilo Eisen wurde vor kurzem noch mit 20 M. bezahlt. Für Messing, Kupfer, Blei usw. gibt es natürlich bedeutend mehr. Wer Glück hat, bringt bald einige Zentner Metall zusammen und geht mit einigen Tausendmarktscheinen nach Hause. Wie in früheren amerikanischen Schatzgräberzeiten erzählt man sich natürlich Wunderdinge, ja — einer will 72 000 M. binnen wenigen Stunden erlöst haben — neuerdings scheint aber die eifrige Arbeit der vielen Hunderte von Schatzgräbern die Sache schon weniger sensationell lohnend zu machen. In früheren Zeiten gab es ja auch schon verwegenen Gesellen, die ohne Erlaubnis buddelten und mit ihren Funden sich glücklich durchschmuggelten, auch unter ihnen hat es Opfer gegeben. Wer heute vorsichtig arbeitet und mit den Preisen sich begnügt, die bei offizieller Ablieferung gezahlt werden, läuft geringere Gefahr, aber ganz ohne Risiko ist das Geschäft natürlich auch nicht. Und es ist ein betrübendes Zeichen von der Not der Zeit, daß sich Hunderte und Tausende dazu drängen, auf diese Weise ihr Brot zu verdienen. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen, Blaubeerenfuchen, Pilzesammeln, Granatbuddeln — in dieser Reihenfolge „ländlicher Arbeit“ spricht sich unser Land deutlich aus.

Genehmigung der Mietzuschläge.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Stadtwirtschaft in Berlin hat bei dem Oberpräsidenten die Genehmigung zu einem Zuschlag von 250 Proz. in einfachen Häusern, 400 Proz. in Häusern mit besonderen Einrichtungen, 300 Proz. für nicht gewerblich genutzte Räume und 150 Proz. für Verwaltungskosten und 500 Proz. für Instandsetzungsarbeiten zur Grundmiete beantragt. Dieser Antrag geht über den Rahmen der sonst zugelassenen Höchstgrenze hinaus. Da indessen nach dem Gutachten und den Vorstellungen der Stadtwirtschaft die bestehenden Verhältnisse in Berlin einen höheren Zuschlag zur Grundmiete fordern, hat der Oberpräsident im Einvernehmen mit dem Minister für Volkswirtschaft unter Zurückstellung seiner Bedenken auf sein Einspruchsrecht verzichtet und genehmigt, daß die Höchstgrenze der Zuschläge für Berlin bis auf weiteres für Verwaltungskosten in einfachen Häusern auf 250 Prozent, in Häusern mit Warmwasserheizung auf 300 Proz., in Häusern mit besonderen Einrichtungen auf 400 Proz., für gewerblich genutzte Räume einschließlich der Kosten für Hausreinigung, Hauswart u. dgl. auf 500 Proz. und für gewerblich genutzte Räume einschließlich der Kosten für die Hausangestellten in Industriebauern und Geschäftshäusern auf 150 Proz., und für Instandsetzungsarbeiten auf 500 Proz. festgesetzt werde.

Abgeschriebene Geheimrezepte.

Eine Spekulation auf Ausländer.

Ein ehemaliger Postauswärtiger Franz Theumer, der von der Staatsanwaltschaft in Bielefeld wegen Betrugsdelikten gesucht wurde, kam nach Berlin und wurde hier festgenommen, als er sich auf einem Postamt mit seinen Angehörigen in Verbindung setzen wollte. Beim Verhör gab er ohne weiteres zu, daß er 12 000 M. unterschlagen habe, wollte aber sonst nichts Strohbares bezeugen. Es wurde aber festgestellt, daß er in der Gegend von Bitterfeld 3 u. d. r. schwindelnde Verbrechen verübt hatte. Einer ganzen Anzahl Leute hatte er Anzahlungen abgenommen, aber keinen Zettel geliefert. Bei einer Durchsuchung fand man Zettel, die man sich zunächst nicht erklären konnte. Die genauere Prüfung ergab, daß es Geheimrezepte der Anilinfabrikation waren. In dieser Industrie steht Deutschland an der Spitze. Ein nach Bitterfeld entsandter Beamter der Kriminalpolizei ermittelte nun dort, daß ein Mann namens Schneider sich auf noch nicht gefüllte Weise die Geheimrezepte verschafft und diese abgeschrieben hatte. Er versuchte, die Abschriften an Ausländer zu verkaufen, die dafür Millionen gezahlt hätten. Weil er aber selbst keine Verbindungen mit Ausländern gewinnen konnte, so verfuhr er, sie durch Theumer zu erreichen. Theumer war jedoch äußerlich schon so heruntergekommen, daß er nicht gut unmittelbar mit vermögenden Ausländern und vielleicht auch Insidern verkehren konnte. Er nahm deshalb zum Vermittler einen Dienstmann, der auf dem Anhalter und Potsdamer Bahnhof häufig Gelegenheit hatte, mit Fremden zusammenzukommen. Der Dienstmann wurde ermittelt. Bei seiner Verhaftung gelang es ihm, die Geheimrezepte in einem Koffer am Schanitzsch zwischen Flößen zu werfen, um sie später wieder abholen zu können. Die Rezepte wurden aber entdeckt und beschlagnahmt. Schneider wurde ebenfalls verhaftet. Es besteht die Möglichkeit, daß Theumer oder der Dienstmann Abschriften an andere Personen zur Vermittlung an das Ausland schon abgegeben haben. Alle diese Vermittler machen sich schwer strafbar, wenn sie die Geheimrezepte weitergeben. Alle Personen, die über das Treiben etwas wissen, werden aufgefordert, sich bei Kriminalkommissar Lippe oder Kriminalassistent Lübeck im Zimmer Nr. 195/196, Hausanruf 231 oder 163, umgehend zu melden.

Schulanfang 8 1/2 Uhr morgens.

Das Provinzial-Schulkollegium hat, zum Teil einer Anregung des Magistrats Berlin nachkommend, angeordnet, daß bis zum 17. Februar 1923 einschließlich der Unterricht in den Schulen aller Gattungen um 8 1/2 Uhr beginnt. Um den Schulschluss möglichst wenig hinauszuschieben, dürfen die Pausen außer der großen Frühstückspause verkürzt werden. Eine Kürzung der Unterrichtsstunden, auch der letzten, kommt dagegen unter keinen Umständen in Frage. Auch am ersten Tag nach den Ferien wird der Unterricht erst um 8 1/2 Uhr beginnen.

Die Jugend zum neuen Jahr!

Die sozialistische Arbeiterjugend will den Tag der Jahreswende festlich begehen. Der Gewandverein veranstaltet am Montag, den 1. Januar 1923, im Saalbau Friedrichshain, am Friedrichshain, eine Feier, die die Jugend in allen Teilen selbst bestreiten wird. Die Feiern unserer Jugend haben immer alt und jung zusammengeführt und neue Brücken des gegenseitigen Vertrauens geschlossen. Darum ist es eigentlich selbstverständlich, daß auch diesmal die Parteigenossen bei der Veranstaltung ihrer Jungen und Mädchen Gast sein müssen. Dennoch ergeht diese besondere Einladung, weil die Jugend mit ihrer Jahreswendefeier mehr will als ein fröhliches Beisammensein auf einige Stunden. An der Spitze des neuen Jahres will sie allen Kämpfern des Sozialismus neuen Glauben und neue Zuversicht in die Herzen pflanzen.

Weg mit dem Strafporto.

Empfängern von ungenügend frankierten Postsendungen wird jetzt „zur Strafe“ oft ein Betrag abgefordert, mit dem sie früher ihren ganzen Jahresbedarf an Briefmarken decken konnten. Strafbeiträge von 25 bis 75 M. sind nichts Seltenes. Natürlich fällt es meist dem Empfänger nicht mehr ein, den Brief einzulösen, der dann an den unglücklichen Absender zurückgeht. Wann endlich wird das Strafporto verschwinden, das bei der schon angeklagten neuen Gebührenerhöhung den Hundertmarktschein überflüssig macht?

Der Prozeß Klante zieht sich immer mehr in die Länge. Heute ergaben sich neue Schwierigkeiten. Vor Beginn der Sitzung erging sich Klante in heftigen Reden gegen die Presse und drohte, sobald er heraus sein würde, verschiedene Pressevertreter, die ungenügend über ihn geschrieben hätten, zu verprügeln. Nach Eröffnung der Sitzung teilte die Ehefrau des Angeklagten Dehloffsen mit, daß ihr Mann plötzlich an Gelenkrheumatismus in den Füßen erkrankt sei, in seiner Wohnung zu Karlsruhe im Bett liege und nicht vor Bericht erscheinen könne. Staatsanwalt Horn glaubt nicht an diese Erkrankung und beantragt, den Angeklagten zwangsweise vorführen zu lassen. — Nach einer längeren Beratung beschloß das Gericht, den Referenten im Gerichtshof nach Karlsruhe zu entsenden, um durch den zuständigen Kreisarzt den Angeklagten Dehloffsen daraufhin untersuchen zu lassen, ob er tatsächlich erkrankt sei und ihn im anderen Falle sofort zwangsweise vorführen zu lassen. Das Gericht läßt sich dabei von der Erwägung leiten, daß nach dem bisherigen Verhalten des Angeklagten mit einer ernstlichen Erkrankung nicht zu rechnen sei, da der Angeklagte noch gestern vollkommen gesund war. Die Verhandlung wird darauf bis 1 Uhr unterbrochen.

Verlängerte Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten. Da der Neujahrstag diesmal auf einen Montag fällt, hat die Reichsbahndirektion Berlin verfügt, daß die zu ermäßigten Preisen ausgebenen Sonntagsrückfahrkarten ausnahmsweise bis Montag nachts 12 Uhr gültig sind. Sonntagsrückfahrkarten, die am Sonntagabend oder am Sonntag (zu den Dezemberfahrpreisen) gelöst sind, gelten also zur Rückfahrt bis Montag (Neujahrstag) nachts 12 Uhr; Karten, die jedoch erst am Neujahrstage gelöst werden, müssen zu dem neuen, am 1. Januar in Kraft tretenden Fahrpreisen ausgegeben werden.

Ueberfallen und beraubt wurde gestern Abend in der Straßburger Straße der Kaufmann Willi Bressler aus der Kaiser-Friedrich-Straße 57 zu Neutal. Der junge Mann, der in dem Lebensmittelgeschäft von Eberlein in der Brunnenstraße 123 beschäftigt ist, wollte um 8 Uhr die Tageslohnung dem Geschäftsinhaber nach dessen Wohnung in der Straßburger Straße 14 bringen. Dort fielen auf dem Hausflur zwei junge Burschen von etwa 18 bis 20 Jahren über ihn her, um ihm das Geld zu rauben. Bei dem Ueberfall fiel die Kasse zu Boden und ein Teil ihres Inhalts verstreute sich. Mit dem anderen Teil ergriffen die Räuber auf die Hüfte des Ueberfallenen die Flucht und entamen.

Moses, Zarathustra, Confucius. Unter diesem Titel behandelt Dr. A. Benz in einer Vortragsreihe an der Humboldt-Hochschule die Religionen in Israel, Indien und China. Programme (sonntäglich) und Karten sind in Buchhandlungen, Buchabteilungen von A. Wertheim, Theaterkassen von Herrn. Arth. Kaufhaus & Co., zu haben.

Massengasvergiftung in London. In dem Londoner Viertel von Bethnal Green (St. London) sind durch Gas, das aus einer unterirdischen Leitung ausströmte, 40 Personen innerhalb der Häuser betäubt worden. Drei davon sind gestorben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend trübe mit Niederschlägen und häufigen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

14. 100. Die Parteiführer und Anhänger von Kommunisten werden ersucht, sofort beim Grassien Markt abzutreten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Humanitäre Gemeinde Berlin (G. A.). Sonntag, den 11. Dezember, in der Friedrich-Berliner Oberpostdirektion, Reichswaldstr. 12, Vortrag, Dr. Rudolf Bernig, „Aus dem Reich der Dämonen“ (Verhaftung). Beginn 8 1/2 Uhr. Gabe willkommen.

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Charlottenburg. G. A. Reichsvereinigungen und Gefährten am 20. Dezember, 7 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Hotel, Berliner Straße 88. Die Festrede wird der Gausvorsitzende Kurt Großmann halten. Karten an der Abendkasse.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Inventar-Verkauf bei der Firma Wilhelm Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 163, beginnt am 2. Januar 1923. Wir verweisen auf die Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Theater der Woche.

Sam 21. Dezember bis 8. Januar.

Bollschäfer: 1. 1. u. 4. u. 7. Mein Doppel. 2. Ueber die Kraft. 3. Zeit. 4. Der Versuchung. 5. Die Lüge. 6. Die Hölle. — Opernhaus: 1. Hildebrandt. 2. Die Hölle. 3. Die Hölle. 4. Die Hölle. 5. Die Hölle. 6. Die Hölle. 7. Die Hölle. 8. Die Hölle. 9. Die Hölle. 10. Die Hölle. 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. 19. Die Hölle. 20. Die Hölle. 21. Die Hölle. 22. Die Hölle. 23. Die Hölle. 24. Die Hölle. 25. Die Hölle. 26. Die Hölle. 27. Die Hölle. 28. Die Hölle. 29. Die Hölle. 30. Die Hölle. 31. Die Hölle. 32. Die Hölle. 33. Die Hölle. 34. Die Hölle. 35. Die Hölle. 36. Die Hölle. 37. Die Hölle. 38. Die Hölle. 39. Die Hölle. 40. Die Hölle. 41. Die Hölle. 42. Die Hölle. 43. Die Hölle. 44. Die Hölle. 45. Die Hölle. 46. Die Hölle. 47. Die Hölle. 48. Die Hölle. 49. Die Hölle. 50. Die Hölle. 51. Die Hölle. 52. Die Hölle. 53. Die Hölle. 54. Die Hölle. 55. Die Hölle. 56. Die Hölle. 57. Die Hölle. 58. Die Hölle. 59. Die Hölle. 60. Die Hölle. 61. Die Hölle. 62. Die Hölle. 63. Die Hölle. 64. Die Hölle. 65. Die Hölle. 66. Die Hölle. 67. Die Hölle. 68. Die Hölle. 69. Die Hölle. 70. Die Hölle. 71. Die Hölle. 72. Die Hölle. 73. Die Hölle. 74. Die Hölle. 75. Die Hölle. 76. Die Hölle. 77. Die Hölle. 78. Die Hölle. 79. Die Hölle. 80. Die Hölle. 81. Die Hölle. 82. Die Hölle. 83. Die Hölle. 84. Die Hölle. 85. Die Hölle. 86. Die Hölle. 87. Die Hölle. 88. Die Hölle. 89. Die Hölle. 90. Die Hölle. 91. Die Hölle. 92. Die Hölle. 93. Die Hölle. 94. Die Hölle. 95. Die Hölle. 96. Die Hölle. 97. Die Hölle. 98. Die Hölle. 99. Die Hölle. 100. Die Hölle.

Kommunisten-Versammlungen: Bollschäfer: 1. Der Versuchung. 2. Die Hölle. 3. Die Hölle. 4. Die Hölle. 5. Die Hölle. 6. Die Hölle. 7. Die Hölle. 8. Die Hölle. 9. Die Hölle. 10. Die Hölle. 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. 19. Die Hölle. 20. Die Hölle. 21. Die Hölle. 22. Die Hölle. 23. Die Hölle. 24. Die Hölle. 25. Die Hölle. 26. Die Hölle. 27. Die Hölle. 28. Die Hölle. 29. Die Hölle. 30. Die Hölle. 31. Die Hölle. 32. Die Hölle. 33. Die Hölle. 34. Die Hölle. 35. Die Hölle. 36. Die Hölle. 37. Die Hölle. 38. Die Hölle. 39. Die Hölle. 40. Die Hölle. 41. Die Hölle. 42. Die Hölle. 43. Die Hölle. 44. Die Hölle. 45. Die Hölle. 46. Die Hölle. 47. Die Hölle. 48. Die Hölle. 49. Die Hölle. 50. Die Hölle. 51. Die Hölle. 52. Die Hölle. 53. Die Hölle. 54. Die Hölle. 55. Die Hölle. 56. Die Hölle. 57. Die Hölle. 58. Die Hölle. 59. Die Hölle. 60. Die Hölle. 61. Die Hölle. 62. Die Hölle. 63. Die Hölle. 64. Die Hölle. 65. Die Hölle. 66. Die Hölle. 67. Die Hölle. 68. Die Hölle. 69. Die Hölle. 70. Die Hölle. 71. Die Hölle. 72. Die Hölle. 73. Die Hölle. 74. Die Hölle. 75. Die Hölle. 76. Die Hölle. 77. Die Hölle. 78. Die Hölle. 79. Die Hölle. 80. Die Hölle. 81. Die Hölle. 82. Die Hölle. 83. Die Hölle. 84. Die Hölle. 85. Die Hölle. 86. Die Hölle. 87. Die Hölle. 88. Die Hölle. 89. Die Hölle. 90. Die Hölle. 91. Die Hölle. 92. Die Hölle. 93. Die Hölle. 94. Die Hölle. 95. Die Hölle. 96. Die Hölle. 97. Die Hölle. 98. Die Hölle. 99. Die Hölle. 100. Die Hölle.

Gewerkschaftsbewegung

Gefährliche Stimmung der Eisenbahner im Westen.

Die U. verbreitet die folgende in der „Rheinischen Zeitung“, unserem Kölner Parteiorgan, veröffentlichte Entschließung: „Die am 28. Dezember in Eibfeld verammelten Bezirksvertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Bezirke Essen, Eibfeld und Köln sind nach eingehender Aussprache zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine weitere Hinauszögerung der neuen Lohnfestsetzung nur in einer unerträglichen Verarmung der Arbeiter und Beamten sich auswirken kann. Sie fordert daher die Reichsregierung dringend auf, sofort eine Neuregelung der Löhne und Gehälter sowie der Ortszulagen herbeizuführen, da die Organisation nicht mehr in der Lage ist, die Bediensteten von Arbeitsniederlegungen abzuhalten. Bei etwa ausbrechenden Bewegungen erklären die Angehörigen des Deutschen Eisenbahnerverbandes der drei Bezirke, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Alle sich hieraus ergebenden Forderungen hat dann die Regierung in jeder Form zu verantworten. Um der Regierung nach einmal den ganzen Ernst vor Augen zu führen und Abhilfe zu erwirken, wurde eine aus den Vertretern der drei Bezirke zusammengesetzte Kommission gebildet, die am Dienstag, den 2. Januar 1923, in Berlin den maßgebenden Instanzen über die Lage im Ruhrgebiet Bericht erstatten und die Forderungen vertreten soll.“

Die „Rheinische Zeitung“ schreibt dazu, daß man in Berlin nicht weiß, wie es im Westen der Republik aussieht. Die große Teuerung gerade in den besetzten Gebieten und die unzulängliche Bezahlung mache die Beamten sehr erregt, und es stünde zu befürchten, daß nichtdeutsche Agitatoren sich der Gelegenheit bemächtigen.

Auch wir sind der Auffassung, daß man sich nicht ganz und gar auf die „Reichs“-Organisation Groenens verlassen sollte.

Verlierer Beamtenversammlung des ADS.

In einer fast besuchten Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen Beamtenbundes am Freitag im großen Saal der „Brauer-Friedrichshain“ sprachen Dr. Böller und Ministerialrat Falkenberg über Besoldungspolitik und Wirtschaftspolitik. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials wies Dr. Böller nach, daß gemessen an dem Existenzminimum, die Bezüge der unteren Beamtengruppen von Besoldung zu Besoldung gesunken sind. Selbst eine Korrektur der Dezemberbezüge habe die Regierung abgelehnt. Die Besoldungsgruppe 10 habe das Doppelte dessen an Zulagen von Januar bis Dezember 1922 erhalten, was den ganzen Monatsbezug in Gruppe 3 für Dezember ausmache. Die durchschnittliche Erhöhung des Teuerungszuschlages beträgt 83 Proz. Man habe ihn geteilt, nämlich für die erste Hälfte Dezember mit 54 und für die zweite mit 53 Proz. gegeben. Der einheitliche Frauenaufschlag ist eingeführt, der Kopfaufschlag aber abgeschafft worden. Gefordert war eine Aufstellung der Zulagen auf mindestens 14 000 M. Daraufhin wurde erklärt, daß diese Forderung als eine prähistorische angesehen werden müsse. Mit solchen bequemen Einwendungen glaube man unbedeuten Forderungen abtun zu können. Mit der Besoldungspolitik allein sei aber nichts gewonnen, man werde darüber hinaus mehr Wert auf die Wirtschaftspolitik zu legen haben. (Großer Beifall.)

Hierauf sprach als zweiter Referent Falkenberg. Redner forderte zu reger Tätigkeit für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund auf. Wenn wir uns nicht rühren, wird uns niemand etwas geben. (Beifall Zustimmung.) Auf die Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund eingehend, teilte der Redner mit, daß eine Verständigung mit demselben nicht erreicht werden konnte. Wir sind für eine Verständigung oder nicht für halbfertigen künstlichen Mitteln. Eine Sache grundlegender Natur muß ausgetümpelt werden. Wenn die Forderungen der Beamten von der Regierung als zu hoch bezeichnet werden, so geht demgegenüber aus den Mitteilungen eines amtlichen englischen statistischen Blattes hervor, daß sich die Reallohne der Staatsangestellten in allen größeren Kulturstaaten — außer Deutschland — seit 1914 wesentlich gehoben haben. Jetzt scheint man uns auch den Urlaub beschränken zu wollen. Das zeigt, wie weit man auf dem Wege zum alten Obrigkeitsstaat ist. Man scheint eine Kraftprobe machen zu wollen. Als eine inoffizielle gefestigte Gewerkschaft werden wir solche Proben mit Erfolg abwehren können. Deshalb brauchen wir nicht gleich mit dem Streikfeld herumzugehen. In einer starken Gewerkschaft wird man nicht so ohne weiteres vorbeigehen können.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Redner auch auf ungenügende Steuerzahlung der Lohn- und Gehaltsempfänger zu sprechen. Man werde vorsichtiger werden müssen, wenn es sich wieder darum handle, der Regierung in Steuerfragen Vertrauen entgegenzubringen. Wo agrarische Interessen in Frage kommen, werde nicht mit der Bewilligung von Forderungen gefahrt. Dann heiße es: Wenn man das Volk ernähren wolle, müsse man den Landwirten das Geld in die Hand geben. Selbst aber bei den Landwirten nicht ohnehin schon einige Papierfische voll Scheine liegen, die an den Markt gebracht werden könnten? Wenn es uns nicht gelinot, die große Wirtschaftskrise zu beseitigen, kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Es muß uns möglich werden, endlich zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen. Das ist der Kern, um den sich die ganze Brotpolitik dreht. Ginge einmal die Republik in die Brüche, dann wäre alles verloren, auch für die Beamten. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen, daß die Republik, daß Deutschland wieder in die Höhe kommt.

„Hoch die Deutsche Republik!“ Diese Worte stehen mit großen Lettern auf dem Vortrag, den wir mit dem ADS und dem ADS-Bund abschließen wollen. Nichts von der Unabhängigkeit unserer Gewerkschaft und von unserer parteipolitischen Neutralität soll dabei aufgegeben werden. Doch die Meinung wollen wir gern aufheben, daß der Beamte etwas anderes sei, weil er einen Knopf an der Schulter trägt. (Zustimmung.) Es wird und muß uns gelingen, eine Beamterschaft in Deutschland auf die Beine zu bringen, vor der das Ausland den Hut ziehen kann. (Großer Beifall.)

Schließlich wurden zwei Resolutionen angenommen, die sofortige Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen mit den Spitzenorganisationen zur Regelung der Bezüge für Dezember und Januar, einheitliche Teuerungszuschläge für alle Gruppen, Einführung des Kopfaufschlages, Maßnahmen gegen den Wucher und Durchführung der Gesehe zum Schutze der Republik fordern. Der Bundesleitung wurde die Billigung ihres Verhältnisses zu den letzten Lohnverhandlungen ausgesprochen.

Es bleibt eine Ente.

Durch unsere im heutigen Morgenblatt erfolgte Abweisung der Sensationsmeldung über die angebliche Gefahr eines Streiks der Bäckergehilfen als einer Ente fühlt sich die B.S.-Korrespondenz betroffen und behauptet, nicht sie, sondern der „Vorwärts“ sei falsch unterrichtet. Dies trifft freilich insofern zu, als uns von einem Angehörigen des Verbandes irrtümlich mitgeteilt wurde, daß noch keine Forderungen gestellt seien, während in Wirklichkeit die zum 9. Januar fälligen Forderungen den Arbeitgebern bereits zugestellt waren.

Von einem Ultimatum zum 2. Januar ist jedoch keine Rede, und erst recht nicht von einer Streikandrohung, weder zum 2. noch zum 9. Januar. Die Bäcker haben bisher noch keinen Streik angedroht. Da jeweils mit der Erhöhung der Weizenpreise auch die Brotpreise, ob mit oder ohne Forderungen der Bäckergehilfen, erhöht werden und neu festgesetzt werden müssen, die Bäckermeister aber an die neuen Weizenpreise zunächst gebunden sind, ist es verständlich, daß die Bäckergehilfen, wie stets vor einer Brotpreis-erhöhung, so auch diesmal neue Lohnforderungen stellen. Deshalb können nicht sie für die Brotpreis-erhöhungen verantwortlich gemacht werden.

Nicht vom Postamt 5 Berlin, sondern vom Postamt 5 Charlottenburg kam die in der gestrigen Abendausgabe des „Bormärts“ veröffentlichte Beschwerde über die verzögerte Auszahlung der Teuerungszuschläge.

Die Beamten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin stehen seit einigen Wochen in einem erbitterten Kampf um die Sicherstellung ihrer Existenz, die durch das Verlangen und die mangelnde Umsicht des Gemeindevorstandes in Frage gestellt sei. Wenn auch bisher die Befolgung der Beamten nach der Reichsbefolgung erfolgt sei, allerdings unter reichlichen Verzögerungen, verlor die Gemeindevorstand neuerdings, dies an sich schon niedrige Existenzminimum durch Absetzungen und ungenügende Vorzuschläge zu beschränken, da er keine Mittel für die Gehälter flüssig habe. Der Ge-

meindevorstand verfolge damit den Zweck, die zugesagte Anerkennung der Reichsbefolgung für die Beamten der Gemeinde wieder aufzuheben. Dabei lasse der Gemeindevorstand außer acht, daß die Stempelung seiner Angestellten zu Beamten auf seinen eigenen Antrag vom Oberpräsidenten herbeigeführt wurde. Selbst wenn eine Bindung des Gemeindevorstandes an die Reichsbefolgung nicht vorläge, müßten die Beamten der Gemeinde trotzdem nach der Reichsbefolgung bezahlt werden, nachdem sie die Qualität als Beamte im Sinne des Gesetzes erhalten haben.

Die Beamten der Jüdischen Gemeinde sind jedoch gegenwärtig hinsichtlich ihrer Befolgung gänzlich im Unklaren, da ihr Gehalt aus einem fast verzögerten Grundgehalt und vollkommen ungenügenden Vorschlägen besteht, so daß eine Berechnung des Gehalts un-

möglich ist und die Aufstellung eines Haushalts selbst während eines Monats nicht vorgenommen werden kann. Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde, einer Humanitätsinstitution, dürfte nicht unartig der Verleumdung seiner eigenen Beamten zusehen und sie nicht durch harte Disziplinarverfügungen provozieren. Sein Antreiberdünkel sei schwerlich in einem anderen Großbetrieb zu finden.

Die Beamten halten es für notwendig, daß die Zustände innerhalb der Gemeinde einmal vor der Öffentlichkeit aufgerollt werden, damit dem Spiel des Gemeindevorstandes mit ihrer Rente ein Stief gekehrt werde.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Bormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Von Dienstag, den 2. Januar 1923 ab

Damen- und Kinder-Bekleidung.

Sport-Artikel

Rodeljacketen reine Wolle, 11 900,-
L. viel Farb.

Rodelgarnituren. 14 500,-
Jacke, Schal, Mütze, 1. Damen

Kindergarnituren. 4 900,-
Flanell-Mantel u. Mütze

Wollschals u. Mützen 3 200,-
für größere Kinder

Stutzen u. Handschuhe
in großer Auswahl.

Kostüme, einfarb. u. gemustert Stoffe, z. T. 8 900,-
auf H-Seide einfarb. u. engl. gem. z. T. mit 7 900,-
Mäntel, Flanell, Leder-Strümpfen

Eleg. Mäntel, Tuch, Velour de laines. 29 000,-
19 500,-

Kleider, einfarb. u. gemusterte Stoffe 15 000,-
9 500,-

Eleg. Kleider, Gabardine u. Twill 28 500,-
22 500,-

Voile-Kleider, moderne Machart, weiß bes. preisw. 4 900,-

Elberly-Seide, reine Seide
doppelt breite Mtr. 3 900,-

Crêpe de Chine reine Seide
doppelt breite Mtr. 4 800,-

Blusen, Flanell, Streifenmuster 1 975,-

Jumper-Blusen in entlastenden Schottenstoffen 3 200,-

Seidene Blusen z. T. Crêpe de Chine 9 500,-

Röcke in gemusterten Stoffen 4 500,-

Kinder-Mäntel, gute Stoffe 3 900,-

Kinder-Kleider, Gr. 60-100 3 500,-

Handgestr. Woll-Jumper mol. Farben 11 500,-

eleg. Seiden-Jumper neuartige Farben 16 000,-

Ueberziehjackchen, Schalkragen 975,-

weiße Waschlinsen mod. Formen 1 275,-

Matines, waschbar, türk. gem. 3 500,-

Damen-Schürzen
Wiener Form 750,- 975,-

Wandstuhl-Reste
Küchenstühlegröße 980,-

Herron-Artikel

Bunte Oberhemden 4 500,-
mit Krage, na. Perkal 3003

Zephyr-Oberhemden 3 900,-
mit Krage, dunkelgestr.

Stehmulegekragen, 250,-
einst. Größen, gar. elast.

Sportkragen, weiß/rot 175,-

Bandkosenstrümpf m. Ersatzteil 145,-
mit Lederstücken

Gummiwäpfer 250,-

Damen-Wäsche

Jughemd mit Hobisaum und Stickerel 1850,-

Jughemd eleg. Ausführung, mit Spitz u. Stick 2 900,-

Garnituren in Stoff, Hemd u. Hemd, pa. Stoff, Hemd u. Hobisaum u. schma's Träger 4 500,-

Garnituren, Hemd u. Hemd, Stoffe 6 900,-

Nachthemden, in Stoff, Stickerel 2 900,-

Prinzeßbröcke, in Stoff, Stickerel 695,-

Materialien mit Stickerel und Spitzen

Korsette, Dreif. lang. Form mit Haltern 495,-

Kleiderstoffe

Schonen, neue Dessins, ca. 90 u. 100 br., Mtr. 1800,- 890,-

Popeline mit Seidenstreifen Mtr. 900,- 780,-

Cheviot, marine, reine Wolle, Mtr. 1800,- 1480,-

Sport-Flanell Mtr. 700,- 498,-

Blend-Mousseline Mtr. 700,- 580,-

Mantel-Flanell reine Wolle, ca. 100 br. 400,-

Gabardine ca. 100 cm br., reib. e. Welle, 7800,- 6800,-

Herron-Stoffe 140 cm br. 4400,- 3600,-

Großer Inventur-Verkauf

Läufer-Stoffe
gute Qualität 450,- 690,- 850,-

Fell-Vorlagen
Lamm, Ziegen, Kanin 1250,- 1500,- 3300,-

Gardinen

Halbstores, Erbstall, engl. Tüll, Entamine 3 250,-

Künstler-Garnituren, steilig 5 250,-

Gardinen, engl. Tüll 590,-

Beiläuden, steilig 7 500,-

Zwirn-Spitzen
u. Trimming 95,- 125,- 175,-

Strick-Wolle
schwarz und grau 80 Gramm 295,-

Trikotagen

Herron-Unterhemd 1250,- 975,-

Knaben-Sweater, marineblau, Gr. 40 495,-

Kinder-Reformhemd, marine anstr., Gr. 40 295,-

Wollschals in vielen Farb. 1250,- 950,-

Frauenstrümpfe, gestr., schwarz, deutsche Länge 395,-

Damen-Hüte

Flitzformen l. versch. Farb. 700,- 425,-

Reger-Summitüte 425,-

Radhüte 850,-

Kinder-Süßwieser 125,-

Knab.-Matr.-Mütze 295,-

Leinen und Baumwollwaren.

Hemdenläd., stark und feinstädig 820,-

Wäschebeutel für feine Leibwäsche 920,-

Linon für Bettwäsche 130 cm 1650,- 1450,-

Lakenstoff Dowlas 2 800,-

Bettdecke mit 2 Kissen aus gut. Länon 8 600,-

Laken, 120/210 5 200,-

Paradekissen mit Langnatte 2 290,-

Handtücher, gestickt Gerstenkorn, mit roter Kante 560,-

Hanttücher, gestickt Dreil. u. Gerstenkorn, weiß 680,-

Damast-Zischtücher 3 900,-

Kaffeetischen und Gedeck besonders preiswert.

Damentaschentücher, Ratier, mit gest. Ecken 180,-

Herrontaschentücher, weiß oder bunte Kante 225,-

Kinderwaschentücher, bunte Kante 95,-

Mengenabgabe vorbehalten. Wegen des erfahrungsmäßig großen Andrangs möglichst die Vormittagsstunden zum Einkauf benutzen! Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

BERLIN Kaufhaus Wilhelm Joseph

Großgörschenst. 1

Schöneberg Hauptstraße 163

Unser Inventur-Verkauf beginnt: Dienstag, den 2. Januar früh 9 Uhr

Impr. Regen-Mäntel
für Damen in mehreren Farben Serie II 3 975 1 975
Abgabe nur 1 Stück

Winter- u. Überg.-Mäntel
a. unif. od. gemustert, Flanellstoff Serie II 6 500 3 500
Abgabe nur 1 Stück

Elegante Mäntel
aus gemusterten molligen Stoffen, teilweise mit Lederbesatz 18 500 14 500 12 500
Abgabe nur 1 Stück

Modell-Mäntel
aus guten Eskimo- oder Affenhautstoffen 39 500 32 500 26 500
Abgabe nur 1 Stück

Backfisch-Kleider
aus bedrucktem Wollkrepp aus letzter Saison 575
Abgabe nur 1 Stück

Dam.- u. Backfisch-Kleider
aus schwarz-weiß karierten Stoffen, offen und geschlossen zu tragen 775
Abgabe nur 1 Stück

Blusenstreifen Popelineart Mtr. 1475 975

Blusen Velours Mtr. 975 775

Perkal für Oberhemden, in modernen Streifen Mtr. 975

Sportflanelle Mtr. 1075 875

Satinette farbig, für Steppdecken oder Futterzwocke Mtr. 975

Cheviot reine Wolle, doppeltbreit, mehrere Farben Mtr. 2475 1 875

Cheviot Kaffinware, 130 cm breit Mtr. 2 950

Popeline doppeltbreit, in mehreren Farben Mtr. 2 950

Eolienne in allen Farben, Wolle mit Seide Mtr. 6 900

Rockstreifen doppeltbreit, in schönen Dessins Mtr. 2 900

Baumwoll-Mousseline in modernen Mustern Mtr. 875

Sensations-Posten

Anzugstoffe für Herren Mtr. 10 800, 7 500 4 900

Mantelstoffe f. Damen u. Herren-Unter Mtr. 6 500, 4 800 3 900

Gardinen Schalkbreite Mtr. 690 575

Halbstores Elamine, mit gewebtem Fries 2 600

Garnituren steilig, gewebter Tüll 3 950

Madrasgarnitur hellgründig, dreiteilig 7 250

Bettdecken 1 bettig, schöne Dessins 2 450

Maschinengarn schwarz und weiß 75

Maschinengarn 395

Sternzwirn schwarz und weiß, 20 Mtr. 1 275

Halbschuhsenkel braun und weiß 50

Strickwolle schwarz 100 Gr. 395

Strickwolle braun und grau 790

Rohnessel gute Qualität 490

Hemdentuch solide, flechtfähige Ware 575

Linon für Leib- und Bettwäsche 80 cm breit 130 cm breit 695

Betikattun 80 cm breit Mtr. 975 775

Bettzügen 60 cm breit 790

Hemd.-Barchent Mtr. 675 675

Bettgarnituren garniert und befüllt 10 500

Taschentücher für Herren, Linon mit Ripshante 255 195

Taschentücher für Damen, mit Hobisaum u. gest. Ecke 98

Damen-Hemden aus gut. Wäsche mit Langelle 1 100

Damen-Hemden Prima Hemdentuch mit Stickerel 1 550

Dam.-Beinkleid, Knieform mit Stickerel 1 475

Unterröcke f. Damen mit breiter Stickerel 1 650

Damenschürzen Wiener Form, gemusterte Stoffe 1 250

Normalhemden für Herren, vollgem. Qual. 2 980 2 450

Normalhosen für Herren 2 350

Woll-Schals 1 250

Blusenschoner 1 250

Damen-Strümpfe extra starke Qualität 195

Damen-Strümpfe mit verst. Ferse und Spitze 395

Schweißsocken für Herren, grau 175

Kleider-Röcke
Ein Posten aus schwarz-weiß kariert. Stoffen oder Tennisleinen 395
Abgabe nur 1 Stück

Kostüm-Röcke
aus mod. gestreiften Stoffen od. Cheviot 5 975 3 975 1 975
Abgabe nur 1 Stück

Elegante Wollkleider
aus glattfarbigen oder gemusterten Stoffen, modernste Formen 19 500 14 500 12 500
Abgabe nur 1 Stück

Gemust. Seidenkleid.
aus letzter Saison Serie II 29 500 Serie I 16 500
Abgabe nur 1 Stück

Modell Seidenkleider
Nachmittags- und Abendkleider 39 500 34 000
Abgabe nur 1 Stück

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt

Mengenabgabe vorbehalten.



Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 149

Berlin NO, Landsberger Allee 29

Bestickte Voile-Blusen mit farbiger Häkel 595 Abgabe nur 1 Stück

Pelz-Mäntel Pelz-Jacken Pelz-Stolas zu billigen Räumungs-Preisen